

Emmanuel Saez / Gabriel Zucman, Der Triumph der Ungerechtigkeit – Steuern und Ungleichheit im 21. Jahrhundert, 2020, 279 Seiten, Taschenbuch 11 Euro, gebunden 22 Euro

Die beiden Ökonomen der University of California, Berkeley, hatten in der Vergangenheit den Ökonomen Piketty bei seinen beiden Werken *Das Kapital im 21. Jahrhundert* und *Kapital und Ideologie* unterstützt. Das Hauptergebnis in ihrem Buch ist: Die westlichen Steuersysteme sind bei Betrachtung der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen *extrem* ungerecht und richten enorme Schäden in der Bevölkerungsmehrheit an. Zwei Blickrichtungen des Buches sind dabei besonders erhellend: (1) Die beiden Wissenschaftler betrachten die Elemente westlicher Steuersysteme im Gesamtzusammenhang, in ihrem Ineinandergreifen und in ihrem Gesamtergebnis; gerade dadurch zeigen sich die Ungerechtigkeiten besonders deutlich; (2) sie verdeutlichen, dass Politik ein enormes Gestaltungspotenzial bezüglich eines gerechten, hohe Gleichheit verwirklichenden Steuersystems hat; sie muss dieses Potenzial nur anwenden wollen. Die Fehlerhaftigkeit und Ungerechtigkeit der Steuersysteme machen sie an folgenden Punkten fest: Beseitigung von Vermögensteuern; globaler Unterbietungswettbewerb bei Unternehmensteuern; die Durchsetzung eines strikt dualen Einkommensteuersystems für Lohn- und für Kapitaleinkommen, wobei die Kapitalsteuern einheitlich (nicht progressiv !) ausgestaltet sind und immer weiter gesenkt wurden und auch die Spitzensätze für Arbeitseinkommen immer weiter herabgesetzt wurden; hohe Steuersätze bei (regressiven !) Verbrauchsteuern.

Die Ausgestaltung der westlichen Steuersysteme trug in der Globalisierung der Wirtschaft dazu bei, dass die Reichen immer reicher, und die Armen immer ärmer wurden. In den USA ist es inzwischen selbstverständlich geworden, dass die Reichen fast nichts zu den öffentlichen Kassen beitragen. Es handelt sich um ein Demokratieversagen. In den USA hatte das oberste 1 % in der Einkommenspyramide in 1980 einen Anteil von 10 % des Nationaleinkommens, die unteren 50 % vereinnahmten 20 % des Nationaleinkommens; in 2019 hatten sich die Verhältnisse umgekehrt: das oberste 1 % erreichte 20 %, die unteren 50 % nur noch 12 % des Nationaleinkommens. Unter den entwickelten westlichen Gesellschaften sind die USA das Land mit der größten Einkommensungleichheit. Die ultrareichen 400 Personen in den USA haben eine durchschnittliche steuerliche Gesamtbelastung (alle Steuern zusammen) von ca. 20 %, die übrigen Bevölkerungsschichten zwischen 25 % und 30 %. Mark Zuckerbergs effektiver persönlicher Einkommensteuersystem liegt bei nahe 0 %. Es gab in den USA für eine bestimmte Phase einmal ganz andere Steuerstrukturen: Zwischen 1930 und 1980 betrug der durchschnittliche Spitzensteuersatz 78 %, zwischen 1951 und 1963 sogar 91 %. 1916 führten die USA eine Vermögensteuer in Form einer progressiven Erbschaftsteuer ein. Deren Spitzensätze waren: 1916: 10 %; 1928 20 %; 1935: 70 %; zwischen 1935 und 1981 zwischen 70 % und 80 %. Der Spitzensatz bei der Arbeitseinkommensteuer lag 1936 bei 79 %, 1940 bei 81 %, 1943 bei fast 100 %; zwischen 1944 und 1981 im Durchschnitt bei 81 %. Es handelte sich bewusst um quasi-konfiskatorische Steuersätze, die das *politische Ziel* hatten, *die Ungleichheit abzubauen*.

Saez und Zucman beantworten auch die Frage, wie es sein kann, dass demokratisch gewählte Regierungen und Parlamente ein Steuersystem zum Nachteil der Bevölkerungsmehrheit einführen. Oft sind folgende Vorbedingungen dafür verantwortlich: (1) Operieren mit einem ausgefeilten attraktiven Ideologiegebäude; beispielsweise wird mit diesem scheinbar schlüssig hergeleitet, dass niedrige Steuern viele neue Arbeitsplätze schaffen, dass die eigene Wirtschaft gegenüber anderen Staaten wettbewerbsfähig bleiben müsse, oder dass zu hohe Steuern unternehmerische Impulse bremsen würden; (2) Medien verbreiten dann dieses Ideologiegebäude; (3) massive Steuerumgehungen, gegen die die Politik bewusst oder auf Druck von Lobbys nicht vorgegangen war; so kann dann mit der Argumentation operiert werden, dass die entsprechenden konkreten Steuern leider nicht mehr einzutreiben sind und deshalb abgeschafft oder gesenkt werden können; beispielsweise hatte der deutsche SPD-Finanzminister Peer Steinbrück statt

einer Einkommensteuer auf Kapitalerträge eine Abschlagsteuer von 25 % eingeführt, und das so begründet: Besser 25 % von X als von nix“; wenn aber Kapitalsteuern gesenkt werden, verschieben Reiche ihre Einkommen in Firmen bzw. Kapital und wirken so am „Tod der Einkommensteuer“ mit; (4) ein internationaler Steerdumping-Wettlauf, mit dem Staaten meinen, gegenüber anderen Ländern Unternehmen ins eigene Land ziehen oder halten zu können; so sank der globale Durchschnittssatz für die Körperschaftsteuer zwischen 1985 und 2018 von 49 % auf 24 %; da aber letztendlich alle diese Strategie fahren, erlangen sie keine wirtschaftlichen Vorteile und haben zudem den Nachteil nun sehr viel geringerer Steuereinnahmen; da Vermögende den Großteil ihrer Gelder in Firmen stecken, wirkt eine Körperschaftsteuer immer auch als eine Mindeststeuer für die Gruppe der Reichen. Historische Gegenbeispiele zeigen, dass es politisch auch genau andersherum gehen kann: US-Präsident F.D. Roosevelt führte nach 1933 höhere Steuern in mehreren Bereichen ein, begründete diese ausführlich immer wieder in öffentlichen Medien und schuf eine effektive, sehr gut ausgestattete Steuerverwaltung, die konsequent Steuern eintrieb und Steuerumgehungen bzw. -hinterziehungen rücksichtslos verfolgte. Man sieht daran, dass es einzig und allein vom Willen der Politik abhängt, ob Steuern fair und gerecht sind und ob sie vollzogen werden.

Saez und Zucman skizzieren ein aus ihrer Sicht gerechtes Steuersystem: Integration von Arbeits- und Kapitalsteuern (also von Arbeitseinkommen-, Körperschaft- und Kapitalertragsteuern) in einem einheitlichen Einkommensteuersystem; stark progressive Einkommensteuer; *Durchschnitts*-Steuersatz für Reiche bei 60 %, Spitzensatz in der Einkommensteuer bei 75 %; eine progressive Vermögensteuer von 2 % auf Vermögen größer als 50 Mio. Dollar, und eine von 3 % auf Vermögen größer als 1 Mrd. Dollar; Abschaffung aller Verbrauchs- bzw. Mehrwertsteuern, da sie regressiv wirken, also insbesondere untere Schichten belasten; Steuervermeidung, -umgehung, -hinterziehung und -verschiebung lückenlos und konsequent unterbinden; Veräußerungsgewinne von Unternehmensanteilen voll der Einkommensteuer unterwerfen. Alle entwickelten Staaten *benötigen* heutzutage zwischen 30 % und 50 % des Nationaleinkommens, um die drei wichtigsten Säulen des Sozialstaates zu finanzieren: Bildung für die Jungen; Versorgungsleistungen für die Alten; Gesundheitsversorgung für Alle. Kinderbetreuung, Schulbildung und Hochschulbesuch sollten kostenlos sein. Das Ziel staatlicher Steuerpolitik ist nicht nur, staatliche Einnahmen zu sichern oder zu erhöhen, sondern auch die Konzentration von Vermögen abzubauen und mehr Gleichheit herzustellen.